

Aus Schaden klug werden, schönreden ist einfacher

Die Fakten: Globalisierung hat viele Facetten. In deren Schatten sind wir immer abhängiger geworden von Materialien aus China und durch China beherrschte Rohstoffvorkommen.

Die Auswirkungen des Coronavirus sind allgegenwärtig. Für viele Firmen wird sich bald zeigen, ob wichtige Komponenten oder Rohstoffe aus China weiterhin rechtzeitig und in genügendem Umfang verfügbar sind. Just in time wird mit Lieferanten aus China zwar zeitlich weniger knapp disponiert. Gleichwohl – Elektronik und Grundstoffe für Chemie, Kunststoffe oder Pharma-Produkte werden heute zu grossen Teilen in China produziert. Zwingend ist dies nicht. Viele Firmen werden ihre Second Source, die zweite Bezugsquelle für Schlüsselkomponenten, künftig wohl auch geografisch diversifizieren. Dies wird nicht einfach sein. Und oft teuer. Gefordert sind aber primär Unternehmen, nicht der Staat.

Anders sieht es dort aus, wo – wie in der Gesundheitspolitik – der Staat Taktgeber

«Der Staat betreibt ja im Gesundheitswesen bereits Wirtschaftspolitik, verlässt sich aber gar leichtfertig drauf, dass internationale Lieferketten ohne Weiteres funktionieren.»

und grösster Spieler ist. In einigen EU-Staaten sind seit Wochen wichtige Medikamente nicht oder kaum mehr verfügbar. Grundprodukte für die Herstellung von Generika kommen auch bei uns oft aus China. Ob Dumping- oder effektiv tiefere Preise der Chinesen – Europa hat wenig unternommen, um diese Entwicklung zu stoppen. Gutgemeinte Auflagen haben im Gegenteil auch kleinere Produzenten dazu gezwungen, einen Grossteil ihrer Ferti-



Chinesische Angestellte bei der Arbeit. Viele Schweizer Firmen müssen Alternativen zu ihren Lieferanten in China finden.

BILD KEY

gung zu verlagern oder ihr Unternehmen zu verkaufen.

Die Schweiz kennt die Tradition der Pflichtlager. Dieses Konzept kann selbstverständlich nicht einfach wie zur Zeit des Kalten Krieges fortgeführt werden. Aber der Grundgedanke stimmt: Abhängigkeiten in Schlüsselfragen möglichst vermeiden. Die Schweiz kann bezüglich der wichtigsten Grundstoffe zwar nie autark sein. Verfügen wir aber über einige solcher Schlüsselproduktionen, lässt sich im Austausch mit anderen Ländern viel erreichen.

Initiativen des Bundes in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zur Stärkung der wenigen verbliebenen oder zum Aufbau neuer Produktionsstätten für solche Grundstoffe sind fällig. Es geht hier nicht um Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, um eine von vielen abgelehnte «Industriepolitik». Der Staat betreibt ja im Gesundheitswesen bereits Wirtschaftspolitik, verlässt sich aber gar leichtfertig darauf, dass internationale Lieferketten ohne grosse Unterbrüche funktionieren. Gleiches gilt für die Umwelt- und Energiepolitik. Auch dort geht es nicht

ganz ohne «Wirtschaftspolitik». So täte die EU gut daran, nicht neue Abhängigkeiten aufzubauen, wie das Deutschland gerade mit dem Run in die Elektromobilität macht. Denn China kontrolliert weltweit mit Abstand am meisten Vorkommen für Kobalt und Lithium, im Kongo und Chile – selbstverständlich ohne grosse Proteste von NGOs und Klimaaktivisten gegen die Zustände in dortigen Gruben. Die von den gleichen Kreisen geforderte noch strengere Konzernverantwortung wird dort offenbar schlicht ausgeblendet.



Giorgio Behr
Präsident Industrie- und
Handelsvereinigung
Schaffhausen

Mein Fazit:
In der Mobilitätspolitik
ersetzen wir Abhängig-
keiten von der OPEC
durch jene von China, in
der Grundversorgung
für einige Medikamente
zeichnet sich Ähnliches
ab. Das darf nicht so
bleiben.